



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Belgiens politische Lage im Innern und nach Außen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Festes verläuft ganz dem ersten gleich, den wir bereits schilderten. Die schon durchtanzte Nacht merkt man weder den Tänzern, noch Tänzerinnen an; der Schlaf des Morgens hat Alle so erquickt, daß noch gleiche Müstigkeit und Frische herrscht. Auch den Speisen und Getränken wird überall noch mit gleichem guten Appetit zugesprochen. Ebenso wie der zweite verläuft der dritte Tag, der größtentheils verschlafen, und die dritte und letzte Festnacht, die durchtanzt wird. Das letzte Stücklein Wurst oder Schinken muß verzehrt, die Reige aller Getränke geleert sein, bis man sich entschließt, das Festhaus zu verlassen. Wie bei der Arbeit pflegt der Mecklenburger auch bei seiner Lust gleiche Ausdauer und Steifigkeit zu beobachten. Fastellabend kommt im langen Jahre nur einmal wieder, und da gilt es denn auch so recht, dasselbe zu genießen. Am Morgen des vierten Tages verlassen die Muslkanten endlich das Dorf. Stolz und jubelnd jagten sie mit schnaubendem Biergespann in dasselbe ein, bescheiden und lautlos schleichen sie zu Fuß aus demselben heraus, ihre Instrumente, die Quellen so vieler Freuden, mühsam selbst auf dem Rücken tragend. Dafür klingt aber im Geldbeutel manch harter Drittel, den sie eingenommen haben, und der Brodsack frohgt von Stücken Wurst und Schinken, den Familientisch dabei für manchen Sonntag noch damit zu erfreuen.

Auf dem Dorfe selbst fängt am vierten und stärker noch am fünften Tage die eigentliche Arbeit wieder mit voller Kraft an. Die Lust des Festes tritt auf lange Zeit zurück, der Ernst des Lebens an ihre Stelle. Viele Wochen spricht Alt und Jung, und besonders der letzte Theil, im ganzen Dorfe nur von den Ereignissen und Freuden des letzten „Fastellabends“; viele Wochen voraus freut man sich schon wieder zu dem, was das kommende bringen wird.

Belgiens politische Lage im Innern und nach Außen.

Belgien ist zwar nicht der einzige, es ist aber der glänzendste und schlagendste Beweis dafür, daß der Constitutionalismus doch etwas mehr, als eine hohle Abstraction der englischen Zustände ist, daß auch außer dem Lande der Erbweisheit, wo er aus der naturwüchsigcn Entwicklung von Jahrhunderten hervorgegangen, gesunde und lebensvolle Institutionen auf seine Principien begründet werden können. Vergebens dürften die Anhänger der fälschlich sogenannten, historischen Schule sich nach einem Beispiel umsehen, daß in einer auch nur annähernd so befriedigenden Weise die Verwirklichung ihrer Doctrin zeigte; dieselbe hat vielmehr bis jetzt, wo ihr entsprechende Einrichtungen nicht als Ueberrest des Mittelalters geblieben sind — und auch in diesem Falle gewähren sie das unbehagliche Schauspiel eines hinfiehenden Staatswesens — nur traurige Mißschöpfungen

hervorgebracht. Eben so wenig vermag die Demokratie einen ähnlichen Beleg für die Vortrefflichkeit ihres Programms in der Anwendung auf monarchische Staaten zu liefern. Jeder Versuch, es in's Werk zu setzen, hat gleichfalls nur die schlimmsten Verwirrungen, und dem beabsichtigten ganz entgegengesetzte Resultate erzeugt.

Das allgemeine Interesse, welches sich in Europa dem materiellen und politischen Aufblühen Belgien's zuwandte, steigerte sich durch dessen vortreffliche Haltung der nach Februarrevolution und noch mehr durch die Gefahren, mit welchen die Politik des bonapartistischen Frankreich es bedroht. Die ersten Kundgebungen des Napoleonismus nach Außen hin, die nach dem 2. December sich offenbarten, waren gegen das kleine Nachbarreich gerichtet, das dem Neffen und Erben Napoleon's in mehrfacher Beziehung ein Dorn im Auge ist. Zuerst liegt das belgische Gebiet innerhalb der „natürlichen Grenzen“ Frankreich's, die recht eigentlich die Tradition des ersten Kaiserreichs bilden, und in deren Verfümmelung nicht gewilligt zu haben, Louis Napoleon in seiner Vertheidigung vor dem Pairshof (1840) seinem Oheim zum Ruhme anrechnete, wobei er freilich vergaß, daß nach der Einnahme von Paris derselbe sehr bereit war, auch hierin zu willigen. Dann ist das parlamentarische Leben in Belgien eine unaufhörliche und Sr. Maj. Napoleon III. höchst lästige Mahnung für seine getreuen Unterthanen an das, was sie besaßen und wenig ehrenvoll eingebüßt haben. Endlich ist der König Leopold durch seine enge Verbindung mit den Orleans, die bekanntlich von dem französischen Herrscher mit unverföhllichem Hass, dem die Furcht nicht ganz fremd zu sein scheint, verfolgt werden, seinem übermächtigen Nachbar im höchsten Grade persönlich mißlieblich. Die Schwierigkeiten, welche die Regierung des Prinzpräsidenten im vorigen Sommer Belgien bei Gelegenheit der Erneuerung des zwischen beiden Ländern bestehenden Handelsvertrages in den Weg legte und die ganz darauf berechnet schienen, dem belgischen Volke seine nationale Unabhängigkeit zu verleiden und ihm in der Ferne die Vortheile einer Einverleibung in Frankreich zu zeigen, der herrische Ton, mit welchem das Cabinet der Tuilerien die Unterhandlungen betrieb, sind noch in frischer Erinnerung. Die Situation war so gespannt, daß der mit so vieler Ostentation seitens der Königin Victoria ihren fürstlichen Verwandten in Belgien um diese Zeit abgestattete Besuch in der Absicht gemacht erschien, dem französischen Machthaber einen Fingerzeig zu geben, daß England erforderlichen Falls seinen starken Arm zum Schutze seines Allirten ausstrecken werde.

Die innern Zustände Belgiens waren gleichfalls nicht frei von Verwickelungen. Die gewaltige reactionaire Strömung, die seit 1849 auf dem Continent sich Bahn brach, war nicht ohne allen Einfluß auf die belgischen Verhältnisse geblieben. Die katholische Partei, die in den Wahlen von 1847 eine so entscheidende Niederlage erlitten, hatte neue Kräftigung hieraus geschöpft, und obwol die jüngsten

Wahlergebnisse dem liberalen Ministerium Rogier noch die Mehrheit gelassen, so hatten sie doch die Zahl seiner Anhänger in den Kammern vermindert. Die Krise, welche der Widerstand des Senats gegen die neue Erbschaftsteuer hervorrief, ward nur mit Mühe und selbst nach erfolgter Auflösung und Neuwahl desselben durch von der Regierung gemachte Zugeständnisse überwunden und die handelspolitischen Verwickelungen mit Frankreich brachten die Cabinetsfrage von Neuem auf's Tapet; es war ersichtlich, daß das Gouvernement Louis Napoleons dem liberalen belgischen Ministerium übelwollte und es gern durch ein katholisches ersetzt gesehen hätte. Die bonapartistische Richtung des französischen Ultramontanismus ließ hierbei sehr bedenkliche Streiflichter auf die in der katholischen Partei Belgiens für das kaiserliche Frankreich sich regenden Sympathien fallen. Wahrscheinlich hätte trotzdem die Verwaltung Rogier's alle ihr entgegengesetzten Hindernisse überwunden, wenn nicht die unentschiedene Haltung einer gemäßigten liberalen Alliance, die gewissermaßen ein parlamentarisches Centrum zwischen den Katholiken und den entschiedenen Liberalen bildet, die ministerielle Mehrheit in der zweiten Kammer in Frage gestellt hätte. Die unbedingte Unterstützung seiner immerhin numerisch nicht starken Majorität war für das Cabinet in seiner nicht wenig schwierigen Lage nothwendig; da sich bei der Präsidentenwahl der zweiten Kammer zeigte, daß es mit Sicherheit nicht auf sie rechnen könne, so traten Rogier und seine Collegen nach einer fünfjährigen, ehrenvollen Leitung der Geschäfte, in deren Verlauf sie die gefährliche Periode der allgemeinen europäischen Ummwälzung glücklich überwunden und das Gedeihen des Landes nach allen Seiten hin gefördert hatten, definitiv von ihren Posten zurück. Die Krise, die nun folgte, war von höchst bedenklicher Art; kam die katholische Partei zur Gewalt, so war eine Kammerauflösung und die heftigsten, innern Kämpfe vor auszusehen, außerdem wäre ein solcher Ausgang auch mit Rücksicht auf die Stellung zu Frankreich für die Zukunft Belgien's und die Sicherung seiner Unabhängigkeit keineswegs ersprießlich gewesen. Zum Mindesten konnte man sich einer matten Politik eines katholischen Ministeriums nach jener Seite hin für verächtlich halten. Die Weisheit des Königs Leopold und der Einfluß, den er gerechtermaßen bei den belgischen Staatsmännern genießt, bewirkte die den Umständen nach bestmögliche Lösung dieser Schwierigkeiten. Henri de Brouckère, ein Staatsmann, der augenblicklich außerhalb der parlamentarischen Sphäre in den Reihen der hohen Administration stand, unterzog sich, der dringenden Aufforderung des Königs nachgebend, der Bildung eines neuen Cabinets, das, obwohl aufrichtig liberal, eine etwas mildere Färbung trug, als das Rogier'sche und deshalb hoffen durfte, im Centrum eine eifrigere Unterstützung, als dieses, zu finden, während es der der entschieden liberalen Partei sicher blieb. Das Ministerium war, wenn auch nichts weniger als ein antiparlamentarisches, so doch in gewissem Sinne ein außerparlamentarisches zu nennen, da seine vorzüglichsten Mitglieder

dem Staatsdienst, nicht den Kammern entnommen waren. Unter andern Verhältnissen hätte dies Praecedens den Anhängern des parlamentarischen Systems bedenklich erscheinen können, die über jedes Mißtrauen erhabene Loyalität des Königs, seine selbstverläugnende Hingebung und treues Festhalten am Buchstaben, wie am Geist der nationalen Institutionen konnten hier keine Befürchtung aufkommen lassen.

Henri de Brouckère hat die schwierige Aufgabe, der er sich mit so viel Muth und Patriotismus unterzogen, bisher mit Umsicht, Würde und dem erfreulichsten Erfolge durchgeführt. Und sie war in der That nicht gering. Bald nach dem Beginn seiner Verwaltung lag ihm die peinliche Pflicht ob, den Kammern eine Vorlage zu machen, welche eine Verschärfung des Preßgesetzes in Betreff der Beleidigungen gegen auswärtige Souveraine, resp. der Aufreizung ihrer Unterthanen zum Aufstande bezweckte. Daß hier eine moralische Pression von Außen stattfand, konnte man sich, durfte es officiell auch nicht zugegeben werden, ebenso wenig verhehlen, als daß es hauptsächlich die französische Regierung war, von welcher dieselbe ausging. Das nationale Ehrgefühl, ebenso wie der politische Freiheitsfinn des Volks und seiner Vertreter, konnten leicht hieran Anstoß nehmen, und doch durfte kein umsichtiger Staatsmann zweifeln, daß Belgien diese Concession, die, in den richtigen Grenzen gehalten, seiner Ehre nicht zu nahe trat, machen mußte. Nicht nur, daß es nöthig war, dem französischen Kaiser jeden Vorwand zur Beschwerde und Einleitung von Händeln zu entziehen, die Stellung Belgiens zu den übrigen großen Continentalmächten mußte klar und unzweideutig gemacht werden; es mußte, seine freien Institutionen standhaft aufrecht erhaltend, selbst der leisesten Verdächtigung eines der revolutionären Propaganda geleisteten Vorschubs vorbeugen. Die große Mehrheit der Kammern verschloß sich dieser Einsicht nicht. Nicht blos fast die ganze katholische Partei, die an und für sich der Tendenz schärferer Preßgesetze — falls sie nicht selbst davon betroffen wird — weniger abhold ist, sondern auch der größte Theil und die meisten hervorragenden Führer der Liberalen votirten das Gesetz, nachdem das Ministerium in Betreff einer von der Commission beanstandeten Bestimmung nachgegeben hatte. Die Debatte ließ mehrfach den reizbaren Stolz eines kleinen, aber ehrliebenden Volkes, aber sie ließ auch seinen klaren und tüchtigen politischen Sinn hervortreten.

Gewiß hat die Haltung der Kammern und des Volkes bei dieser Gelegenheit nicht wenig zu der höchst befriedigenden Gestaltung beigetragen, die seine Beziehungen zu den nordischen Großmächten neuerdings angenommen haben. Wie merkwürdig erscheint dabei, erinnert man sich der Zeit nach 1830, der Umschwung der politischen Verhältnisse Europa's. Belgien war nach der Julirevolution, der es zunächst seine Entstehung als selbstständiger Staat verdankt, das *bête noir* der conservativen Legimitäritätspolitik, es erschien gleichsam als ein Fiktalinstitut des

französischen Bürgerkönigthums, und der Einfluß und sogar die Waffen Frankreichs mußten es vor dem Uebelwollen der nordischen Höfe schützen. Jetzt ist es Frankreich, von dem man die Existenz Belgiens bedroht glaubt, das mehr als selbst Rußland und Oestreich an seinem constitutionellen Staatsleben Anstoß nimmt, und das früher als revolutionair im höchsten Grade mißliebige Land scheint zum Schooßkind der conservativen Diplomatie zu werden, das sie mit sorglicher Eifersucht gegen die Vergrößerungspläne Frankreichs bewacht. In der That, die Weisheit und Voraussicht der weiland Legimitätspolitik erhält damit keine eben schmeichelhafte, retrospective Beleuchtung und das Vertrauen in die Unfehlbarkeit unserer Legimitätspolitikler von heute wird nicht besonders dadurch gehoben. Wäre Belgien gegenwärtig noch mit den Niederlanden vereinigt, so würde Louis Napoleon ant seine Sympathien appelliren können, statt daß er jetzt gefaßt sein muß, vor dem verzweifeltsten Widerstande zu begegnen.

Die Gelangung des Kronprinzen, Herzogs von Brabant, zur Volljährigkeit, die mit dem 18. Jahre erfolgt, und mit welcher derselbe, wie alle Prinzen des Königshauses, der Constitution gemäß seinen Platz im Senat einnimmt, gab vor einigen Wochen den Anlaß zu einer Nationalfeier, die von Neuem bewies, wie fest und innig in Belgien das Band zwischen Volk und Dynastie ist. Die enthusiastischen Kundgebungen der Bevölkerung, die aller Orten stattfanden, schienen darauf berechnet, die dankbare Anhänglichkeit der Nation an ihre Herrscherfamilie, die sie als das feste Palladium ihrer Unabhängigkeit und politischen Freiheit betrachtet, dem Auslande, namentlich Frankreich gegenüber, zu bezeugen. Die kurz vorher, seitens des Cabinets von St. Petersburg der belgischen Regierung zugekommene Mittheilung, daß der Kaiser von Rußland einen Gesandten in Brüssel zu beglaubigen gedente, von der Henri de Brouckère, als Minister des Auswärtigen officiell die Kammern in Kenntniß setzte, machte den besten Eindruck auf die öffentliche Meinung. Obwol Rußland durch seine Theilnahme an den Londoner Protocollen die staatsrechtliche Existenz des Königreichs Belgien ausdrücklich anerkannt hatte, so bestanden doch, die Consularvertretungen ausgenommen, zwischen beiden Ländern keine diplomatischen Verbindungen. Der Kaiser Nicolaus hatte zwar den Ereignissen das Zugeständniß, einen von der Revolution geschaffenen Staat anzuerkennen, nicht verweigern können, war aber bisher in keine der unter civilisirten Staaten herkömmlichen Beziehungen zu ihm getreten. Belgien hat sich nun zwar, ungeachtet der russischen Ungnade, vortrefflich befunden und auf das Erfreulichste entwickelt, trotzdem ist in der gegebenen Situation dieser Schritt der Annäherung einer so großen und einflußreichen Macht nicht gering zu achten. Es ist dies ein neuer und sehr bedeutungsvoller Wink für Louis Napoleon, daß ein Uebergriß gegen Belgien das ganze coalisirte Europa gegen ihn in's Feld bringen würde.

Die neuesten Vorgänge in und außerhalb Belgiens sind darauf berechnet,

jene Demonstration zu verstärken und zugleich für alle Fälle die bestmögliche Vorkehrung zu treffen. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß von Seiten der französischen Regierung in dieser Beziehung erneuter Anlaß zu den schlimmsten Besorgnissen gegeben ist. Mittheilungen, welche die Augsburger Allg. Zeitung vor Kurzem hierüber brachte, dürften, ihrem Hauptinhalt nach, der Wahrheit sehr nahe kommen. Ihnen zufolge hätte die Wendung, welche die Dinge im Orient genommen, Louis Napoleon mit nicht geringem Verdruß erfüllt. Das einseitige Vorgehen Rußlands und Oestreichs gegen die Pforte, die zweifelhafte Haltung Englands, die Isolirung Frankreichs in der Frage der heiligen Stätten, habe das Cabinet der Tuilerien veranlaßt, seinem Gesandten in Brüssel, Herrn Bis de Butenval, eine Note zu schicken, mit dem Auftrag, dem belgischen Gouvernement davon Kenntniß zu geben. Darin sei mit Bezug auf die orientalischen Ereignisse gesagt, daß, falls die übrigen Großmächte fortführen, in Constantinopel Fragen, die bisher durch das gemeinschaftliche Zusammenwirken Aller erledigt wären, zum einseitigen Vortheil einiger Mächte zu entscheiden, Frankreich in die Lage kommen könnte, nur seine Interessen zu Rathe zu ziehen. Eine nähere Explication, warum man dem Brüsseler Cabinet eine so befremdende Mittheilung mache, habe Herr Bis de Butenval abgelehnt. Es ist wol nur Eine Auslegung dieser zweideutigen Note möglich: falls die andern Großmächte den Einfluß Frankreichs im Orient zu neutralisiren gedenken, so dürfte sich dieses genöthigt sehen, eines schönen Tages Belgien zur Entschädigung sich einzuverleiben. Euch und Andern sei daher dies zur Warnung gesagt.

Ist diese Note wirklich vom französischen Cabinet ausgegangen, so ist die Antwort darauf deutlich genug erfolgt, um Louis Napoleon zu zeigen, was er mit einer Expedition nach Belgien zu gewärtigen hat. Die Reise des Königs Leopold und des Herzogs von Brabant zum Besuch der großen deutschen Höfe, die über alle Maßen freundschaftliche Aufnahme, die sie in Berlin und später in Wien gefunden haben, die Aufmerksamkeit, welche die Vertreter der fremden Mächte in Berlin, worunter namentlich auch der russische Gesandte, dem König der Belgier bewiesen haben, lassen keinen Zweifel darüber, daß die nordischen Großmächte so gut, wie England entschlossen sind, einem Attentat auf Belgien mit dem ganzen Nachdruck ihrer vereinten, gewaltigen Mittel entgegenzutreten. Napoleon III. dürfte dann erfahren, falls er sich nicht schon dessen bewußt ist, daß die Traditionen des Oheims nicht hinreichen, um den Kampf mit Europa aufzunehmen, daß sein Genie und seine Macht dazu unentbehrlich sind, und daß selbst mit seinem Genie und seiner Macht der Kampf heutzutage ein höchst ungleicher wäre gegen die so sehr vermehrten Kräfte, die sich Frankreich entgegen stellen würden. Die belgische Regierung hat sich aber nicht damit begnügt, ihre Sicherheit auf die Hilfe der Mächte zu begründen, sie hat auch, wie es Klugheit und Ehre geboten, an die Energie und den Patriotismus

es eigenen Volkes appellirt. Bei der drohenden Lage, welche die auswärtigen Verhältnisse für Belgien nach der Februarrevolution annahmen, schien eine Verstärkung der Armee dringend wünschenswerth; seit mehreren Jahren hatte man dieserhalb schon Projecte entworfen, die theils aus Sparsamkeitsrückichten, theils wegen Verschiedenheit der sich dabei kundgebenden Meinungen nicht zur Ausführung gekommen waren. Das belgische Heerwesen befand sich nach der Losreißung von Holland natürlich in einem sehr unvollkommenen Zustande, wovon der klägliche Ausgang des Feldzugs von 1831, bei dem die Belgier allerdings auch durch die holländische Invasion überrascht wurden, nur zu sehr Zeugniß giebt. Später brachte das Land die äußersten Opfer, um eine achtunggebietende, militairische Macht aufzustellen, und bis zum Jahr 1839, während des über die Territorialfrage und die Vertheilung der Staatsschuld noch ungelösten Diffenses mit Holland, wurde ein Effectivbestand von 110,000 bis 117,000 Mann aufrecht erhalten. Nach Schlichtung dieser Verhältnisse, und bei dem friedlichen Aspect der europäischen Zustände, bei dem Rückhalt, den die der belgischen blutsverwandte französische Dynastie Belgien gewährte, hatte man zur Erleichterung des Budgets die Kriegsstärke des Heeres auf 80,000 Mann herabgesetzt, wobei man im Fall des Krieges noch eine Reserve von 20—30,000 mobilisirter Bürgergarden, zur Vertheidigung der festen Plätze, hinzuzufügen gedachte. Nach 1848 schien diese Macht nicht ausreichend, drohenden Eventualitäten die Spitze zu bieten; das Rogier'sche Ministerium war indeß sehr auf Verbesserung der Finanzen bedacht, und ein Kriegsbudget von 25 Millionen Francs bot nicht die Möglichkeit die Cadres der Armee zu erweitern. Der Austritt des Kriegsministers, Baron Chazal, aus dem Cabinet erfolgte, weil er seine Anträge auf Vermehrung des Heeres nicht durchsetzen konnte. Das Ministerium sah die Nothwendigkeit ein, etwas zu thun, und setzte daher eine aus höheren Officieren und Repräsentanten gebildete, gemischte Commission nieder, die nach langen und sorgfältigen Arbeiten endlich zu dem Resultat gekommen ist, daß die Vertheidigung des Landes eine Kriegsstärke von 100,000 Mann erfordere, und daß die Cadres der Armee bis auf den dieser Zahl entsprechenden Umfang vermehrt werden müßten. Sie schlug demgemäß die Erhöhung des Kriegsbudgets auf 32 Millionen Francs vor, also anscheinend ein plus von 5—7 Millionen gegen den Bestand der letzten Jahre, der sich auf 25—27 Millionen belief. Das Ministerium Brouckère adoptirte diese Vorschläge und brachte eine darauf basirte Vorlage ein, die jedoch in den Sectionen der zweiten Kammer auf Widerstand stieß, und in dem Bericht der Centralsection an die Versammlung der letztern zur Verwerfung empfohlen wurde. Um diese Zeit fiel die Abreise des Königs nach den großen deutschen Höfen, und es heißt, daß er vorher mit mehreren hervorragenden Abgeordneten der katholischen, wie der liberalen Partei persönlich Rücksprache genommen, und ihnen die Wichtigkeit der Annahme des Regierungsentwurfs dringend

vorge stellt habe. Auch in Betreff einer andern Frage soll sein Einfluß thätig gewesen sein, einer verderblichen Aenderung vorzubeugen. Die katholische Partei hatte, zur ungelegensten Zeit, einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Institut der in Belgien trefflich bewährten Bürgergarde auf ein engeres Maß zurückführen sollte. Bereits war er von der zweiten Kammer in einer ersten Abstimmung angenommen — es bedurfte verfassungsmäßig noch einer zweiten — und sowol die Dienstzeit der Gardisten beschränkt, als die Bürgergarde für Städte unter 10,000 Einwohnern aufgehoben oder nur facultativ gemacht; bei der zweiten Abstimmung, bei welcher die Liberalen zahlreicher auf ihren Plätzen waren, und die andere Partei sich weniger beharrlich zeigte, wurden fast alle wichtigeren Bestimmungen wieder verworfen, und es kam nur ein farbloses Gesetz zu Stande, dessen wesentlichster Punkt die Herabsetzung der Zahl der jährlichen Musterungen von 12 auf 6 ist.

Gleich nach Erledigung dieser Frage kam die Vorlage auf Vermehrung des Heeres zur Berathung. Der Chef des Cabinets, Henri de Brouckère, eröffnete sie mit einer in jeder Beziehung trefflichen Rede, in der er vom politischen, militärischen und finanziellen Standpunkt die Nothwendigkeit, wie die Thunlichkeit der vom Ministerium geforderten Vermehrung nachwies. Er legte dar, daß die Arbeiten der gemischten Commission zu der Ueberzeugung geführt hätten, daß nur für 63,000 Mann die erforderlichen Cadres vorhanden seien, daß über die Nothwendigkeit einer Vermehrung selbst die Centralsection sich kein Geßel gemacht, und daß das Maß der von der Regierung verlangten die Kosten nicht so sehr erhöhe, wie man anzunehmen scheine. Er erklärte ferner, daß man nicht glauben möge, die Belgien von den europäischen Mächten zugestandene Neutralität könne es der Sorge für seine eigene Vertheidigung überheben. Werde diese Neutralität von einer Seite angegriffen, so bedürfe es der Zeit, bis die Hilfe der Verbündeten zur Hand sein könne, Belgien wäre es seiner Ehre schuldig, sich nicht widerstandlos occupiren zu lassen, eine solche Besignahme würde in den Augen Europa's einer moralischen Verurtheilung gleichkommen und von allen traurigen Folgen eines fait accompli begleitet sein. Wenigstens werde das Ministerium sich nicht dazu verstehen, eine Politik, die den Schuß des Landes nur auf auswärtige Hilfe lasse, zu vertreten, sondern die Verantwortlichkeit dafür Andern überlassen. Der Verlauf der mehrtägigen Debatte gab dieser Anschauung eine immer stärkere Geltung, während die Gegner der Vorlage, die in der That auch mit unglücklich gewählten Argumenten kämpften, mehr und mehr in Ungunst bei der Kammer fielen. Die Vorträge des Kriegsministers, General d'Anoul, des königlichen Commissairs, Oberst Renard, und des Finanzministers, Liedts, trugen sichtlich zur Umstimmung der Kammer bei. Die ersteren setzten überzeugend auseinander, wie die Stärke von 100,000 Mann unabweislich sei zur Besetzung der Festungen, die vollständig 50,000 Mann, mit Rücksicht, daß nicht

alle auf einmal bedroht würden, doch immer 40,000 Mann erfordere, und wie 60,000 Mann nothwendig seien, um dem Feind in offenem Felde sich entgegenzustellen. Sie bewiesen, daß im Moment des Krieges die mangelnde Bereitschaft der Cadres sich nicht mehr ersetzen lasse, und daß die Reserve von 20—30,000 Mann des ersten Ban's der Bürgergarde eine Illusion sei. Der Finanzminister legte dar, daß die Rentenconversion dem Staate 2,200,000 Francs jährlich erspare, daß die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der schwebenden Schuld von 28 Millionen keine Mehrausgabe verursache, weil sie die laufenden Kosten der schwebenden Schuld beseitige, und daß mit dem vorhandenen Ueberschuß von 3,500,000 Francs die Vermehrung des Heeres ohne neue Belastung der Steuerpflichtigen bestritten werden könne. Unter den Gegnern zeigte Herr Thieffry (Liberaler) eine ehrlich gemeinte, aber unglückselige Ausdauer; er bemühte sich wiederholt die Unmöglichkeit für Belgien darzuthun, sich gegen Frankreich zu vertheidigen. Nächst ihm waren die Herren Jacques und Pierre die prononcirtesten Vertreter dieses wenig erbaulichen Bekenntnisses nationaler Schwäche. Die Stimmung der Kammer wurde aber nur desto mehr gehoben, und die Hauptführer der katholischen Partei wetteiferten mit den Liberalen in Bethätigung patriotischer Gesinnungen. Man sah den Chef der Katholischen, Grafen de Theux, und den Prinzen von Chimay neben den Herren Lebeau und Devaux die Vorschläge des Cabinets eifrig befürworten. Es scheint, daß die Verstimmung der französischen Ultramontanen gegen Louis Napoleon, die in neuester Zeit hervorgetreten, auch ihre belgischen Gesinnungsgenossen von dem Liebäugeln mit dem benachbarten Bonapartismus zurückgebracht hat, ein Resultat, das man nur beifällig begrüßen konnte. Wenigstens benutzten die Letzteren diese Gelegenheit, um sich von dem Verdacht zu reinigen, als wären sie weniger gute Belgier, wie ihre liberalen Antagonisten. Im Ganzen bot somit die Debatte das erfreuliche Schauspiel der Verschmelzung der Parteien in dem höhern Gefühl der Nationalität und des gemeinsamen Vaterlands, das einzelne Mißflänge, wie z. B. die ebenso unzeitigen, als unbegründeten Ausfälle des Grafen v. Liedekerke gegen das Rogier'sche Ministerium nicht zu stören vermochten. Den Preis verdient aber unstreitig die Rede Devaux's, des trefflichen und bewährten Veteranen der liberalen Partei und eines der verdienstvollsten Begründer des belgischen Staates. Er wies schlagend nach, daß die finanziellen Bedenken der Gegner der Vermehrung übertrieben seien, daß, bei der allgemeinen Uebereinstimmung, die Cadres doch mindestens bis zur Grenze des von dem Gesetz von 1845 schon festgestellten Bestandes von 80,000 Mann zu vermehren, die Forderungen der Regierung nicht eine Mehrausgabe von 5 Millionen, sondern höchstens von 8—900,000 Francs jährlich verursachen würden. Daß um eine solche Summe zu mäkeln, wenn es sich darum handele, dem Auslande den Beweis zu geben, daß Belgien bereit sei, für seine nationale Existenz Gut und Blut einzusetzen, nicht zu ent-

schuldigen sein würde, daß die Kammer dem Volke, wie dem Heere Selbstvertrauen und Opferrendigkeit nehmen werde, wenn sie den Ansichten derer beipflichtete, die behaupteten, Belgien könne sich nicht vertheidigen, daß endlich die Regierung die Erfordernisse der Lage des Landes hierin am Besten beurtheilen könne und daß man ihr mit der Bewilligung ihrer Forderungen auch die volle Verantwortlichkeit dafür übergebe, die andernfalls schwer auf die Kammer zurückfallen werde. Wir geben einige Stellen dieser Rede, die sehr wesentlich zu dem eclatanten Ausfall der Abstimmung beitragen, wörtlich: „Wir werden, meine Herren, wie ich glaube, unsere Aufgabe, so viel an uns ist, erfüllen, und wir werden sie ehrenvoll erfüllen; aber damit wird noch nicht Alles geschehen sein. Es wird der Regierung obliegen, auch die ihrige zu erfüllen. Wir werden uns eines großen Theils unserer Verantwortlichkeit entlasten, aber die der Regierung wird damit um so ernster. Ich, meine Herr, werde nicht ermüden, es ihr zu sagen, ja, ich möchte sie damit erschrecken. Ja, meine Herren, in diesem Augenblick ist die Verantwortlichkeit der Regierung unermesslich. Nicht, daß nicht ohne Zweifel mehr Wahrscheinlichkeit des Friedens vorhanden wäre, als des Krieges; wie es aber mit diesen Ansichten sich verhalten möge, giebt es Jemanden, der dafür bürgen möchte, daß Alles nicht in vierzehn Tagen verändert sein kann. Ohne Zweifel entscheidet man sich nicht leicht zum allgemeinen Kriege, aber einmal die Entscheidung gefaßt, so ist es gewiß, daß die Sachen schnell gehen werden. Möge die Regierung, seit langer Zeit genügend gewarnt, sich nicht überraschen lassen. Es ist nicht genug, in Antwerpen eine schöne Festung zu besitzen; wenn der Sturm ausbricht, ehe der Rückzug nach Antwerpen geschehen kann, wird es nöthig sein, muthig und ehrenvoll sich zu zeigen und, falls die Nothwendigkeit den Rückzug gebietet, muß derselbe muthig und ehrenvoll bewirkt werden. . . . Es wäre ein wahrhaftes Verbrechen, wenn durch den Fehler derer, die es regieren, dieses Belgien, das so hoch in der Achtung der Völker gestellt ist, von dem man hat sagen können, daß während des Friedens ihm keine nationale Tugend gefehlt hat, wenn dieses Belgien verurtheilt würde, hören zu müssen, daß es sich einzig zu der Tugend nicht habe erheben können, ohne welche die übrigen Nichts sind, zu dem Muth und der Energie, am Tage der Gefahr seine eigene Existenz zu vertheidigen.“ Was in dieser Rede sich offenbart, tritt in anderen noch viel unverhüllter hervor, wie es nur Frankreich ist, von dem man den Angriff befürchtet, und wie wenig Vertrauen die dortige Regierung einzulösen geeignet ist. Am 40. Mai erfolgte die Abstimmung, die bei Anwesenheit von 95 Mitgliedern der ministeriellen Vorlage die große Mehrheit von 72 gegen 21 Stimmen gab. Zwei Abgeordnete enthielten sich des Votums. Die Kammer der Repräsentanten hat damit ein schönes Beispiel ihrer Einsicht und trefflichen Gesinnung gegeben, und wir zweifeln ebenso wenig, daß der Senat demselben nachfolgen, als daß die Regie-

nung des ihr gezeigten Vertrauens sich vollkommen würdig beweisen werde. Die Achtung und die Sympathien, die Belgien in Europa findet, können sich hierdurch nur steigern und befestigen, und sollte ein Tag kommen, der es auf die Probe stellt, so wird, das hoffen wir, das belgische Volk seine Unabhängigkeit, seine Freiheit und sein edles Fürstenhaus mit dem mannhafsten Muthe zu vertheidigen wissen, mit dem seine Vorfahren einst in den Tagen der Arvevelde sich der französischen Könige erwehrt haben, und sicher werden mächtige Beistände nicht zögern, ihm zu Hilfe zu eilen.

Aus Constantinopel.

1.

Wie Ihnen wohl bekannt sein wird, hatte man hier nicht geringe Besorgnisse wegen der Ostertage gehegt, die in der griechischen Kirche auf den ersten und zweiten Mai des gregorianischen Kalenders fallen. Nicht nur wurden, von einer alten, von Geschlecht zu Geschlecht Jahrhunderte hindurch fortgepflanzten Sage, die Rückgabe der heiligen Sophienkirche an den christlichen Cultus zur Zeit dieses Festes verkündet, sondern man verband auch damit die Erwartung auf die Vernichtung der Türkenherrschaft in Europa und auf die Austreibung des Stammes der Osmanli aus den diesseitigen Provinzen. Unter solchen Umständen waren von Seiten der hiesigen Regierung mannichfache Vorsichtsmaßregeln für den Eintritt des Festes getroffen worden. Durch Herbeiziehung verschiedener Truppenabtheilungen aus der Umgegend hatte man die Garnison der Hauptstadt verstärkt; man hatte Befehl gegeben, die Truppen in den Kasernen während der betreffenden Tage consignirt zu halten, und zahlreiche Patrouillen angeordnet. Außerdem war der griechischen Priesterschaft verboten worden, die Auferstehungsmesse in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in den Kirchen zu begeben, und ihnen aufgegeben, diese Feier bis zu Anbruch des Tages zu verschieben. Es ist nämlich im gesammten Bereich der griechischen Kirche Gebrauch, daß die Gemeinde vor der Mitternachtsstunde in der Osternacht sich zum Gotteshause begiebt, in Festgewändern, Frauen und Jungfrauen im Haar-Schmuck, und Alle mit Wachskerzen in der Hand. Die Räume des Tempels verbleiben dunkel, bis daß der höchste Geistliche mit einer brennenden Wachskerze in der Hand und mit den Worten: „Christus ist auferstanden,“ aus der Klo-nostase tritt, worauf er das Licht den Kerzen der Umstehenden mittheilt, und in wenig Minuten darauf die Kirche in den Strahlen von hundert und aberhundert Lichtern erglänzt. Man sieht, diese Ceremonie ist auf den Sinn des Volkes berechnet, und eine Hauptsache bei der ganzen Feier. Darum verfehlt der Befehl, sie auf den Anbruch des Tages zu verlegen, nicht, eine schmerzliche Aufregung hervorzurufen. In Folge derselben begab sich zu Ausgang der vergangenen Woche der griechische Patriarch in Be-